

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Berlag und Redaktion: Nikolastraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

146 Abend-Ausgabe.

Freitag, 20. März 1914.

68. Jahrgang.

Erscheint 13mal wöchentlich.
Im Auslande:
Unter Kreuzband 15 A vierteljährlich.
Bezugspreis:
Abholer monatlich 70 A, vierteljährlich 2.10 A
Durch Träger und Agenturen:
Monatlich 80 A, vierteljährlich 2.40 A
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatlich 1 A,
vierteljährlich 3 A (ohne Postgebühren).

Anzeigenpreise:
Die Kolonialsache in Wiesbaden 20 A,
Deutschland 10 A, Ausland 15 A.
Die Restausgabe 1.50 A.
Anzeigenannahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Berufsprüfung:
Inserate und Abonnement: Nr. 199,
Redaktion: Nr. 198; Verlag: Nr. 819.

Tageschau.

Die Lage in Irland gestaltet sich immer ernster. Die britischen Truppen in Belfast sind bereits aktionsfähig gemacht worden.

Bei einer Dampferkatastrophe in Venedig sind mehr als 50 Personen ums Leben gekommen.

Aus Odessa kommt die Meldung, daß von 10 000 Astrachaner Fischern, die vor dem kürzlichen Sturz auf Meer hinausfahren, über 9000 vermisst werden.

Deutscher Handelstag.

Man kommt um den Vergleich nicht herum. Auch der Handelsminister Dr. Spindler hat, bei dem Festmahl des neununddreißigsten deutschen Handelstages, die Verhandlungen des Bundes der Landwirte erwähnen und feststellen müssen, mit wie viel gesteigertem Eifer diese Berufsvertretung ihre Interessen wahrzunehmen weiß.

Warum sind Handel und Industrie dieser Wucht und dieser Einheit nicht fähig? Dr. Spindler sprach von den Gruppen der Halbfabrikat- und der Fertigwarenindustrie, des Großhandels und des Kleinhandels, der Fabrik und des Handwerks, der Industrie überhaupt und des Handels: Gruppen, die sich oft bekämpfen. — Vielleicht aber ist dies nicht das Wesentliche. Vielleicht ist das härteste Hemmnis ein Uebermaß der Handels- und Industrievertretungen an — Sachlichkeit. Man will die Politik mit wirtschaftlichem Geist erfüllen — und bleibt unpolitisch. Man will die Parteien zur Sachkenntnis erziehen und schiebt sie zurück. Man entschließt sich weder, eine Partei mit wirtschaftlichen Tendenzen, noch dazu, eine Wirtschaftseinheit mit Parteifarben zu sein. Anstatt dessen bekämpft man die unteren Schichten der eigenen Berufsgemeinschaft, klagt über die Verständnislosigkeit des Reichstages, und ist nahe daran, ein Reichsoberhaupt mit ausschließlich wirtschaftlichem Arbeitsgebiet zu verlangen. . . . Die so denken, wissen nicht, daß keine „Sachlichkeit“ auf politischem Gebiet sich selbst vernichtet; weil Sachfragen erst im Zusammenhang mit einem politischen Willen ihren Sinn und Wert erhalten. Eine Vertretung, die den Reichstag als Ganzes ablehnt, ändert an seiner Struktur: sie selbst aber wird zum Opfer ihrer politisch indifferenten Sachlichkeit.

Daher auf dem Handelstag die Vielseitigkeit; die zugleich doch eine Farblosigkeit ist. Der Vorkonferenz erhält ein Lob, das Parlament, das ihn bewilligt hat, einen Tadel. Auf die Debatte über gewerblichen Rechtsschutz (Patente, Gebrauchsmuster, Warenzeichen) folgt die konflikt-drohende Unterhaltung über „die Beziehung von Industrie und Handel zu Regierung und Parlament.“ Noch einmal: so diskutierbar im Einzelnen die Vorschläge zu besserer Information der Abgeordneten sein mögen — wer sich, ohne entschlossene Farbe, auf das rein Technische beschränkt, macht sich freiwillig zum „Objekt“ der von ihm kritisierten Gesehung.

Kam auf dem Handelstag eine politische Tendenz zur Geltung, so war es allenfalls die durchgängige Abneigung gegen das verfehlteste, staatliche Unternehmen. Ein Antrag, der sich dagegen ausspricht, daß „der Staat und andere öffentlich-rechtliche Körperlichkeiten in immer weiterem Umfange eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben,“ wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Kern dieses Antrags war die Frage der Lebensversicherung; hier steht der Handelstag das Privatinteresse durch die Unternehmungskraft der „öffentlich-rechtlichen“ Gebilde bedroht. Die „Volkerversicherung“ wird nicht genannt, war aber gemeint.

Fruchtbarer als diese nur negativen Anregungen könnte der Antrag sein, der sich mit dem Kriegsdienst beschäftigt. Im Gegenfalle zu den Anschauungen anderer Staaten steht das englisch-amerikanische Recht für den Kriegsdienst, Erlöschen und zeitweilige Anlagbarkeit der Verträge von Angehörigen kriegsführender Staaten vor: ein Preisverkauf, gegen den sich der Handelstag mit Recht gewendet hat. Der nächsten Friedenskonferenz soll ein diesen Gegenstand ergebendes Abkommen vorgeschlagen werden.

Mehr in das engere Fachgebiet des Handelstages fallen die Verhandlungen zur Frage der Sonntagsruhe. Auch hier freilich zeigt sich, daß nicht der wirtschaftspolitische Rangsmittel, sondern der sozialpolitische Querchnitt als der eigentlich trennende empfunden wird. Anstatt daß der Handel, als solcher, gemeinsame Forderungen stellt, läuft die Frage auf einen Kampf zwischen Chefs und Angestellten hinaus. Die Angehörigen bestehen auf völliger Sonntagsruhe, die Arbeitgeber, d. h. die Mehrheit des Handelstages, auf Differenzierung nach dem drückenden Bedürfnis. Rührt sich wirklich kein anderes Regulativ finden, als der Gegensatz zwischen den Schichten des gleichen Berufes? Ist es nötig, daß die einen den Vorwurf erheben, man habe ins Horn der Angestelltenverbände, die ändern den Vorwurf unsozialer Gesinnung? Die Sonntagsruhe ist doch wahrhaftig so wenig ein Dogma wie der Achtuhr-Laden-schluss. Die Gesundheit und Arbeitskraft der Angestellten soll gesichert, nicht ein Schema verewigt werden. Auf die Endwirkung kommt es an.

Weniger betonte Sachlichkeit und mehr Sinn für politische Organisation: das ist dem Handelstag zu wünschen. Sonst wird er den Regierenden wohl sachkundige Ratsschläge für die Ausführung von Gesetzen geben; aber er wird nicht mitbestimmen, welche Gesetze gegeben werden sollen.

Borna-Vegau.

Nachdem der „Vorwärts“ sich zu seinem Teile bemüht hat, die Wähler von Borna-Vegau zur Abwanderung ins rote Lager zu ermuntern, schlägt auch das „Berliner Tageblatt“ in die gleiche Kerbe, indem es schreibt:

„So wenig wir uns mit dem politischen Programm des nationalliberalen Kandidaten in Borna befreunden konnten, so hätten wir es doch für ganz selbstverständlich gehalten, daß sämtliche fortschrittliche Stimmen, deren es im Wahlkreise nicht wenige gibt, auf Herrn Niehsch gefallen wären. Jetzt kann es umgekehrt keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß keine einzige liberale Stimme für Herrn v. Diebert abgegeben werden darf. Die Selbstachtung bietet gerade in diesem Falle jedem Wähler, der auch nur einen Funken von Liberalismus in sich fühlt, die Front gegen die Reaktion zu nehmen. Wir überlassen Herrn v. Diebert neidlos den Reaktionen aller Schattierungen einschließlich der Nationalliberalen. Die 6512 liberalen Wähler können mit leichter Mühe in der Stichwahl die Entscheidung gegen Herrn v. Diebert bringen. Darauf hinzuwirken ist liberale Selbsthaltungspflicht.“

Dieses Werben des „Berliner Tagebl.“ für die Sozialdemokratie war vorauszusetzen. Aber so wenig vor kurzem sein warmes Eintreten für die sozialdemokratische Kandidatur in Jerchow genützt hat, ebensowenig wird es für Borna nützlich sein. Im Gegenteil, da sich im Volke immer mehr die Erkenntnis der deutschfeindlichen Gefährlichkeit des „D. T.“ Bahn bricht, werden sich auch die noch schwankenden freisinnigen Wähler eben durch die Haltung des sozialistisch-liberalen Blattes bewegen fühlen, in vaterländischen Fragen das Gegenteil von dem zu tun, was es anräth. In Borna gibt es nur eine Parole: Keine bürgerliche Stimme dem Sozialdemokraten!

Die Nationalliberale Korrespondenz, die das Wahlergebnis in Borna-Vegau ebenfalls bespricht, kommt zu dem Schlusse, daß trotz des Abgangs der etwa 600 Stimmen der Wahlkreis für die Partei noch keineswegs ansichtslos sei. Sie sagt dann weiter: „Für diesmal allerdings behauptet Herr v. Diebert aller Voraussicht nach das Mandat, denn die Nationalliberalen werden entsprechend dem schon vor dem ersten Wahlgang gegebenen Versprechen geschlossen für ihn eintreten. Das Gleiche darf auch von der fortschrittlichen Volkspartei erwartet werden, deren fächlicher Führer, der Landtagsabg. Günther, vor einigen Tagen erklärt hat, die von einem anderen Fortschrittler gegen die Unterstützung der Reichspartei abgegebene Erklärung sei lediglich privater Natur. Voraus wohl geschlossen werden darf, daß sich ihr die Partei nicht ansieht.“ — Wir meinen, wenn die Partei aber auch wirklich eine Parole, wie bei der Jerchower Wahl ausginge, würden die Wähler ihr doch nicht folgen.

Am Vorabend des Bürgerkrieges in Irland.

Aus London wird uns vom 20. März gedrahlet: Der allgemeine Eindruck der gestrigen Zensurdebatte im Unterhause ist der, daß die Lage völlig ernst geworden sei. Der Ministerpräsident ließ darüber keine Zweifel aufkommen, daß er nicht weiter nachgeben werde und daß seine letzte Konfession in der Ulsterfrage sein letztes Wort in der Sache sei. Dies geht deutlich auch aus dem ganzen Ton hervor, auf den die Rede des Ministerpräsidenten gestimmt war. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß die Regierung entschlossen ist, es sogar

auf eine Revolution in Ulster ankommen zu lassen.

Als sich der Ministerpräsident niedergesetzt hatte, da sprang Sir Edward Carson erregt auf und rief: „Wenn dies das letzte Wort ist, dann haben wir nichts mehr zu tun.“ Er verließ das Haus und begab sich sofort auf den Bahnhof, um unverzüglich nach Ulster abzureisen. Auf dem Bahnhof sagte er noch zu einigen Journalisten, die ihn erwarteten: „Ich gehe jetzt zu meinen Leuten, die Sache wird ernst. Zu reden gibt es nichts mehr.“

Borna Law, der Führer der Konservativen im Unterhause, hielt eine sehr maßvolle und ruhige Rede, in der er den Ministerpräsidenten den Vorschlag machte, seine Zugeständnisse in der Ulsterfrage in das Dome rule-Gesetz einzufügen und dann darüber das Volk in einem Referendum entscheiden zu lassen. Würde sich die Mehrheit der Nation für die Dome rule entscheiden, so gäben die Konservativen die Opposition auf und hielten es auch für gerechtfertigt, wenn die Regierung mit Gewalt die Dome rule in Ulster einführen wollte. — Auf diesen Vorschlag hatte Minister Asquith nur eine kurze Abweisung, die bei der Opposition große Entrüstung hervorrief.

Hier ist die Aufregung ungeheuer und in allen Wandelgängen des Unterhauses verbreitete sich in später Abendstunde das Gerücht, daß bereits ein

Verhaftungsbefehl für Sir Edward Carson

erlassen worden sei. Einige oppositionelle Abgeordnete schickten nach dem Polizeipräsidenten, der ihnen jedoch Auskunft in der Angelegenheit verweigerte. — In Belfast wurde die Nachricht verbreitet, daß die Regierung gegen 26 Führer der Konservativen in Ulster Verhaftungsbefehle erlassen habe, doch soll der für Sir Edward Carson sonderbarerweise nicht darunter sein. Vorkäufig will die Regierung keine Truppen von England nach Irland senden, sondern versuchen, mit den auf der grünen Insel stehenden Streitkräften eine Revolution in Ulster niederzuwerfen.

Das Unterhaus lehnte in später Nachtstunde das von Bonar Law gegen die Regierung beantragte Tadelvotum mit 345 gegen 252 Stimmen ab.

Aus Belfast melden heute morgen die Korrespondenten konservativer Blätter, daß die in Irland stationierten Truppen in dieser Stadt bereits zusammengezogen werden. Es sind dies die 3. Kavalleriebrigade, 28 Batterien Artillerie mit 108 Geschützen und 20 Bataillone Infanterie, zusammen 26 000 Mann mit 108 Geschützen. Nach einer Meldung des „Daily Express“ wird die Regierung Laskow als Operationsbasis für den Fall des Ausbruchs einer Revolution in Ulster benützen. Endlich trifft in später Morgenstunde die Meldung ein, daß an verschiedenen Punkten von Ulster die Freiwilligen für die Ulsterfrage sich zu sammeln beginnen.

Telegrammwechsel bei der Geburt des braunschweigischen Thronerben.

Die Glückwünsche des Kaisers und des Herzogs von Cumberland.

In den amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ werden die Telegramme veröffentlicht, die der Kaiser und der Herzog von Cumberland an den Staatsminister Volk gerichtet haben als Antwort auf die Glückwünsche des Staatsministeriums anlässlich der Geburt des Erbprinzen.

Das kaiserliche Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Ich danke Ihnen und dem Staatsministerium für Ihre freundlichen Glückwünsche. Mit dem ganzen braunschweigischen Lande freue ich mich, daß durch Gottes Gnade dem Fürstenthume ein junger Erbe erwachsen ist. Gott schütze ihn. Wilhelm.“

Das Telegramm des Herzogs von Cumberland lautet: „Die von Ihnen und dem Ministerium dargebrachten herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Geburt des Erbprinzen haben die Herzogin und Mich sehr erfreut. Wir danken Ihnen aus tiefbewegtem Herzen und erwidern die Wünsche für Sie und das ganze Land Braunschweig in der Hoffnung, daß Gottes Segen auf Volk und Fürstenthum ruhen möge. Ernst August.“

Telegramm des Herzogs von Cumberland an den Baron von Scheele.

Die „Deutsche Volkszeitung“, das hannoversche Welfenorgan, veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes folgendes Telegramm des Herzogs Ernst August von Cumberland aus Wien vom 18. März an den Reichstagsabgeordneten Baron von Scheele-Berlin:

„Die stets bei allen bedeutungsvollen Ereignissen in unserem Hause ist es mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen und allen Getreuen in Hannover die Geburt eines gesunden Enkelsohnes in Braunschweig mitzutheilen. Hocherfreut und mit innigstem Danke gegen Gott erfüllt, weis ich mich der herzlichsten Anteilnahme an diesem frohen Ereignis bei Ihnen allen überzeugt.“ (ges.) Ernst August.

Gemeingefährliches Treiben.

Der Pariser „Temps“ läßt sich aus Petersburg melden, daß die „Nowoje Wremja“ ein neues Interview mit einem russischen Staatsmann zur Veröffentlichung bringt, das gewissermaßen das 2. Kapitel des gestern erschienenen Artikels (Nr. 144 der „Wiesb. Ztg.“) darstellt. Dieser neue Gewährsmann erachtet die Aufteilung Oesterreich-Ungarns als eine nicht so einfache Angelegenheit wie sein Vorgänger. Dagegen stimmt er mit ihm hinsichtlich einer kontinentalen Militärentente zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland überein, obwohl er die Schwierigkeiten einer solchen, mit Rücksicht auf das Vorhandensein der Triple-Entente, nicht verkennt. Das russische Blatt gibt auch diesmal den Namen seines Gewährsmannes nicht an. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß es sich dabei um den Grafen Witte handelt, der einem Mitarbeiter des „Matin“ erklärt haben soll, daß das Interview nicht von ihm herrühre, daß er jedoch mit gewissen Stellen des Artikels völlig einverstanden sei und eine Militär-Konvention zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland als die beste Lösung zur Aufrechterhaltung des Friedens ansehe.

Der „Temps“ über die europäische Lage.

Der „Temps“ beschäftigt sich in einem langen Artikel seines Petersburger Korrespondenten mit der durch die neugeschaffenen russischen Heeresvermehrungen hervorgerufenen europäischen Lage. Nachdem er festgestellt hat, daß von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland künftig nicht mehr die Rede sein könne, sagt er hinzu, Rußland habe sich von Deutschland emanzipiert; es habe nunmehr volles Vertrauen zu seiner eigenen Kraft. Dieses Vertrauen wird es natürlich einer Gewaltpolitik geeigneter machen und man hat das Gefühl, daß die Haltung Englands in der Frage von Epirus und den Agäischen Inseln als zu nachgiebig empfunden würde. „Wir Franzosen müssen uns aber dieses Wiedererwachen des Selbstvertrauens unseres Verbündeten klar werden. Das russische Reich hat die Ueberzeugung, daß seine Menschenmassen in Europa ihm ein gewaltiges Uebergewicht geben.“ Bezeichnenderweise fügt der Korrespondent hinzu, angesichts einer solchen Anschauung ist mehr als je große Weisheit erforderlich. Die systematische Verleumdung der französischen Sozialisten und die überschwenglichen Lobpreise können gefährlich werden. Heute muß man sowohl im Lobe wie im Tadel mit Maß und Ziel vorgehen. Frankreich kann sich im großen Ganzen zu der neuen Tatsache des russischen Mißtrauens Deutsch-

lands gegenüber nur beklüchten, denn an uns liegt es, diesen Zustand aufrecht zu erhalten, indem wir uns als lokale und entschlossene Verbündete zeigen, die sich ihres Wertes als Bundesgenossen bewußt sind.

Kurze politische Nachrichten.

Der Reichstag und die Kolonien.

Die gestrigen Verhandlungen des Reichstages fanden unter dem Zeichen der Kolonien. Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika standen zur Besprechung. Erzberger befragte sich über die Behandlung der Eingeborenen in Ostafrika und Sozialdemokrat Koch über die Art und Weise des Diamantenvertriebes in Südwest. In zwei Reden wies Staatssekretär Dr. Solf die vorgebrachten Beschwerden zurück.

Unsere Matrosen in Rio de Janeiro.

Besonderes Lob spendete die in Rio de Janeiro erscheinende, im allgemeinen wenig deutschfreundliche Zeitung „Jornal do Commercio“ unsern Matrosen, als unser Geschwader vor Rio de Janeiro lag: „Im Getümmel der Vergnügungsfeste des Karnevals ist dieses Jahr ein sympathisches Ereignis zu verzeichnen, nämlich die Anwesenheit der Besatzung des deutschen Geschwaders, das im Hafen von Rio de Janeiro verankert liegt. Offiziere wie Matrosen haben sich an der Festlichkeit, die die Stadt begeistert, beteiligt. Die Jugend scherzt mit ihnen, Masken umarmen sie, die jungen Mädchen greifen sie hartnäckig mit Parfümspritzern an. Und unsere Besucher entsprechen dieser Harmlosigkeit, indem sie sie zufrieden und lebenswürdig erwidern, als ob sie sich inmitten eines Volkes ihres Temperaments und ihrer Sprache befänden. Es ist hier noch kein Matrose beobachtet worden, der wegen übermäßigen Genußes von Getränken Unordnung angeht hätte. Der Führer des Geschwaders, das uns besucht, muß darüber sehr befriedigt sein. Unsere Matrosen, unter denen einige deutsch und englisch sprechen, fraternisieren mit der Besatzung des Geschwaders, das die große und mächtige Nation in die brasilianischen Gewässer entsandt hat.“

Wahlunruhen.

Aus St. Denis meldet der Draht: Die Wahlkampagne hat hier schwere Unruhen zu Folge gehabt. Es kam zu schweren Zusammenstößen, in denen zahlreiche Personen getötet und verwundet wurden. Die beiden Kammern der Landwirtschaft und des Handels haben die französische Regierung telegraphisch um Entsendung von Truppen gebeten, damit die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt werden kann.

Abschiedsbesuch Giolittis beim König.

Aus Rom wird gemeldet: Der frühere Ministerpräsident Giolitti hat mit den Mitgliedern seines Kabinetts dem Könige seinen Abschiedsbesuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit wurden dem Könige die Ernennungsdekrete der neuen Minister vorgelegt. Die Kammer wird jedenfalls zum 28. März einberufen werden.

Arbeiterbewegung.

Arbeitskündigung. Der Verband der Granitindustriellen in Bayern hat sämtlichen Arbeitern, welche nicht dem bestehenden Tarif um weitere zwei Jahre unterschrieben bis 31. März anerkennen, zu diesem Datum gekündigt. Der bestehende Tarif war von den freien und christlichen Verbänden der Steinarbeiter gekündigt worden, die Arbeitgeber lehnen aber die verlangte Lohnerhöhung ab.

Die Streikbewegung im Saarrevier. Man meldet aus Saarbrücken: Auf der Grube „Hoßenbach“ ist nunmehr gestern offiziell der Streik erklärt worden, nachdem die Jederverwaltung weitere Arbeiterentlassungen wegen der Verweigerung von Uebersichten vorgenommen hat. Bei der Kräftigkeit weigerten sich insgesamt 380 Mann, die von der Verwaltung geforderte 5/4 Schicht zu befehren, obwohl sie auf die Folgen aufmerksam gemacht wurden, die eine fortgesetzte Weigerung nach den Bestimmungen der Arbeitsordnungen haben müßten. Trotzdem blieben die Bergleute bei ihrer Ablehnung. Daraufhin wurde den betreffenden Bergleuten ihre sofortige Entlassung mitgeteilt. Für den Nachmittag hatte die Bezirksleitung des Gewerkschaftsbundes Größere Arbeiter eine Belegschaft einberufen. Es wurde fast einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Am Donnerstag sind nur 118 Arbeiter angefahren. Die Verwaltung verharret den Forderungen der Bergleute gegenüber auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Hof und Gesellschaft.

Ein Besuch des deutschen Kaisers in Miramare. Wie man aus Wien meldet, gedenkt Kaiser Wilhelm auf der Reise nach Korfu von Venedig aus dem Erzherzog-Thron-

folger Franz Ferdinand auf Schloß Miramare einen kurzen Besuch abzustatten. Später findet eine abermalige Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Erzherzog-Thronfolger bei einer Jagd auf Schloß Ronovischi statt.

Das Deutschtum im Ausland.

Eine neue deutsche Schule in Brasilien. Die aufblühende Stadt Taquara in Brasilien wird in kurzer Zeit eine deutsche Schule besitzen. Ein Schulverein wurde unter Beteiligung des katholischen und des evangelischen Pfarrers kürzlich gegründet. Die Schule soll von den Kindern beider Konfessionen besucht werden.

Der städtische Etat vor den Stadtverordneten.

Nach der bereits gemeldeten großen Etatsrede des Oberbürgermeisters Geheimrats Gläufig in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kamen diese selbst zum kritischen Wort, und zwar zunächst in der Gestalt ihres Finanzausschusses, für den dessen Vorsitzender, Stadtv. Dr. Dreger, folgenden Bericht über den

Etat der ordentlichen Verwaltung für 1914

erstattete: Der Haushaltungsplan für das Rechnungsjahr 1914 ist vom Magistrat mit großer Vorsicht aufgestellt worden. Der Magistrat hat sich von den Gerüchten über einen zu erwartenden starken Zuwachs infolge des Generalparlaments nicht verleiten lassen, die Steuern höher zu veranschlagen, als sie ohne Zuwachs aus solch unsicherer Quelle zu erwarten sind, und dann dementsprechend aus dem Vollen zu wirtschaften, bevor noch die Einnahmevermehrung gesichert ist. Lieber hat er die bisher mit so guten Ergebnissen geübte Politik der vernünftigen Sparsamkeit fortgesetzt. Einer Sparsamkeit, die für alles sorgt, was die in Wiesbaden bereits in Fülle gebotenen Annehmlichkeiten noch wirklich vermehrt, die aber nicht mit Ueberflurung vorgeht, und glaubt, daß alles, was lebenswürdige Projektionem irgendwie erdenken können, auch sofort in einem Jahre ausgeführt werden muß.

So ist es ihm möglich gewesen, trotz der Herabsetzung des Wasserpreises und dem Bau des prächtigen Kaiser Friedrich-Bades ohne irgend welche Steuererhöhung auszukommen und ein Budget vorzulegen, in welchem der seit langen Jahren bestehende Einkommensteuersatz von 100 Prozent unverändert geblieben ist, ebenso wie der niedrige Satz von 2 v. T. der Grund- und Gebäudesteuer, der nicht ganz 140 Prozent des Staatssteuersolls ausmacht. Auch die Eröffnung der neuen Landesbibliothek und der rüstig voranschreitende Bau des neuen Museums werden darin keinen Unterschied machen, da es möglich war, die alten Gebäude zu entsprechenden Preisen zu verkaufen.

Der Finanzausschuss hat denn auch nach sorgfältiger Prüfung des Haushaltungsplans wenig dazu zu bemerken und keine weiteren Abträge zu empfehlen. Erbringen die Steuern etwas mehr als veranlagt, so müssen in erster Linie die Reserve- und Ausgleichsfonds, die in diesem Jahr wenig bedacht werden konnten, ausgiebig berücksichtigt werden, ebenso die Neuregelung einiger Beamtengehälter.

Auch der Pflastererneuerungsfonds und der Schulbaufonds bedürfen dringend weiterer Zuweisungen. Der letztere, der seit 1894 die Baukosten aller unserer Volksschulen und Mittelschulen und selbst die 783 000 M. für unsere Prunkschule, die höhere Mädchenschule am Schloßplatz, entnommen werden konnten, wird, nach Ausgabe der im Haushaltungsplan 1914 eingestellten 240 000 M. für die neue Schule an der Bahnstraße und die Zentralheizung der Lehrerbildungsschule, am 1. April n. J. bloß noch einen Bestand von 12 036 aufzuweisen haben, wenn ihm nicht aus etwaigen Ueberschüssen des Jahres 1913 weitere Zuweisungen gemacht werden können. Denn von den 203 262 M. Ueberschuss aus 1912 konnten ihm bloß 100 000 M. überwiesen werden, weil die weiteren 103 000 M. zur Deckung der 1913 bewilligten zweiten Arbeiterlohnerhöhung und Volkshandarbeiten verwendet werden müssen.

Die Filialsteuer, die diese Posten decken sollte, konnte im laufenden Jahre noch nicht erhoben werden. Sie ist nun mit nur 60 000 M. in den vorliegenden Etat eingestellt worden, und es ist zu hoffen, daß die Genehmigung rechtzeitig erfolgen wird, um sie wenigstens für 1914 erheben zu können. Die Schankkonzessionssteuer, die 1910 noch mit 75 000 M. eingestellt werden konnte, kommt infolge der wiederholten Änderungen jetzt bloß mit 20 000 M. in Betracht. Sie hat bis 28. Februar d. J. nur 16 000 M. ergeben, wie dies gelegentlich der letzten Änderung bereits vorhergezeigt worden war.

Bloß die direkten Steuern zeigen ungeachtet

unserer niedrigen Sätze eine gesunde, stetige Zunahme und empfehlen damit die Beibehaltung der seit langen Jahren befolgten Steuerpolitik. Trotz der geübten vernünftigen Sparsamkeit ist Wiesbaden dabei eine der schönsten, angenehmsten und gesündesten Städte Deutschlands geworden. Ermöglicht wurde dieses Ergebnis aber auch mit dadurch, daß Wiesbaden in seinen industriellen Werken, dem städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk, verbundene Anlagen hat, die der Stadt bedeutende Ueberschüsse zur Verfügung stellen konnten, zum Teil freilich nur unter Heranziehung von Ueberschüssen aus früheren Jahren. Die letzteren erscheinen in dem vorliegenden Budget zum letztenmal. Sollen diese Werte weiter die Finanzen Wiesbadens kräftig unterstützen können, so müssen diese aber auch produktiv erhalten bleiben, und es darf ihnen nicht durch Herabdrückung ihrer Preise die Lebenskraft begehrt werden. Wir sind darin bereits etwas weiter gegangen, wie manchem richtig erschien, als wir den Preis für unser vorzügliches Wasser von 30 auf 25 Pf. für den Kubikmeter ermäßigt haben. Es geschah dies, um solchen notleidenden Hausvermietern zu helfen, die in Ermangelung von beforderen Wassermessern in den einzelnen von ihnen vermieteten Wohnungen das Wasser für ihre Mieter mitbezahlen mußten und dies in der gegenwärtig gedrückten Lage vieler Vermieter als eine Gärte empfanden. Eine als Kompensation gedachte mögliche Wasseranschlussgebühr, die von den Mietern getragen werden sollte, fand in der vorgeschlagenen Form keinen Beifall, und so gehen dem Wasserwerk bereits 170 000 M. jedes Jahr verloren. Weiter in dieser Richtung darf aber nicht gegangen werden, wenn unsere Finanzen gesunde bleiben sollen.

Die größte Steigerung der Ausgaben tritt wieder bei der Schulverwaltung ein: 100 000 M. mehr als im Vorjahre. Abgesehen von jeder Verzinsung und Tilgung der Gebäude erfordern sie dieses Jahr einen Zuschuß von 1 856 746 M., bedeutend mehr als die Hälfte der ganzen Einkommensteuer von 2 950 000 M. Davon entfallen auf die höheren Schulen etwa 336 000 M., auf die Volksschulen etwa 836 000 M. und auf die Mittelschulen 254 000 M.; der Rest auf die gemeinsame Schulverwaltung.

Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung haben sich angenehmerweise gegen das Vorjahr um 110 000 M. verringert, der dem Ordinarium zur Last fallende Betrag sogar um 184 000 M. Zu danken ist dies der im letzten Jahre erfolgten Abtragung des Restes der 1878er Anleihe. Eine ähnliche Ersparnis wird aber in den nächsten Jahren nicht folgen, da keine größere Anleihe vor dem Jahre 1924 ganz abgetragen sein wird.

Der Etat der ordentlichen Verwaltung für 1914 schließt ab in Einnahme und Ausgabe gleichlautend mit 18 052 133,93 M., so ziemlich dem gleichen Betrage wie im Vorjahre.

Der Antrag des Finanzausschusses geht dementsprechend dahin:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle der Festsetzung des Haushaltungsplans der ordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 in Einnahmen und Ausgaben auf 18 052 133,93 M. zustimmen und genehmigen, daß für das Rechnungsjahr an Steuern erhoben werden: 1. eine Gemeindegemeindeeinkommensteuer von 100 Prozent der Staatssteuer, 2. eine Gewerbe- und Betriebssteuer von je 150 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbe- und Betriebssteuer, und 3. 2 v. T. des gemeinen Wertes der Gebäude und Grundstücke, gleich 130,99 Prozent der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.“

Die Durchschnittsbelastung der Realsteuern beträgt damit 146,92 Prozent.

Der Bericht des Finanzausschusses über den Etat der außerordentlichen Verwaltung

für das Rechnungsjahr 1914 wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses, Stadtv. Dr. Dreger, wie folgt erstattet:

Bei etwas Zurückhaltung ist es dem Magistrat möglich gewesen, auch im laufenden Rechnungsjahr ohne Anleihe auszukommen. Und zwar ist dies geschehen, ohne daß irgend etwas Wesentliches in der günstigen Weiterentwicklung Wiesbadens verkannt wurde.

Unser herrliches Kaiser Friedrich-Bad, das mit seinen praktischen, modernen Einrichtungen auch den verwehntesten Anforderungen gerecht wird, ist vollendet und schon reichlich von Kurgästen und Einheimischen benutzt worden. Ebenso das neue Gebäude der Landesbibliothek mit seinem gut ventilierten, großen Lesesaal. In den Erweiterungen des städtischen Krankenhauses sind weitere Fortschritte gemacht worden, so daß mit den im laufenden Jahre zu vollendenden Pavillons III und IV die gesamten, nahezu 8 1/2 Millionen Mark kostenden Erweiterungsbauten abgeschlossen sein werden. Auch unser neues Museum ist bereits unter Dach und wird neben seinem Hauptzweck, der Aufnahme unserer reichen Natur- und Kunstschatze, eine weitere Zierde unserer Stadt werden. Dank seiner günstigen, zen-

Der Uebergang der berühmten Bibliothek des Herzogs von Devonshire in amerikanische Besitz ergab in New-Yorker Kunstliebhaberfreien große Befriedigung. Die Bibliothek enthält fast alle älteren Ausgaben Shakespeares und gegen 4000 Manuskripte älterer englischer Dramen. Das wertvollste Stück der Sammlung ist ein Druck des „Hamlet“ aus dem Jahre 1608 in Quartformat, das für eines der wertvollsten Bücher der Welt gilt und einen Wert von 400 000 M. repräsentiert. Der englische Antiquar Smith, der die Bibliothek für den amerikanischen Millionär Huntington ankaufte, gibt den Preis der Sammlung auf 6 Millionen Mark an. Die Verkaufshandlungen wurden in der größten Stille geführt, weil der Herzog glaubte, daß das Bekanntwerden der Unterhandlungen in der Presse das Zustandekommen des Verkaufs vereiteln würde. Huntington ist ein bekannter Bibliophile und Besitzer einer außerordentlich wertvollen Büchersammlung, in der sich u. a. eine Gutenbergische Bibel befindet.

Buntes Feuilleton.

— Klassische Stilblüten aus englischen Schülerheften. Ein Preisauschreiben ganz besonderer Art hat jüngst der „University Correspondent“ veranstaltet. Diese englische Schulzeitung, die gelegentlich ihre Leser durch Stilblüten aus Schülerheften zu erheitern pflegt, hat nämlich unter den Lehrern der niederen Schulen einen Wettbewerb um die besten Stilblüten ausgeschrieben, und die preisgekrönte Sammlung enthält deren eine ganze Reihe, die wirklich klassisch zu nennen sind. Da heißt es z. B.: „Julius Caesar wurde im Kinetographentheater ermordet.“ Weiter behauptet ein hoffnungsvoller junger Mathematiker: „Ein Dreieck ist ein Quadrat, das nur drei Seiten hat.“ Die gemästete Zone erklärt ein Schüler als „die Zone, deren Bewohner nur Wasser trinken.“ Ein angehender Landwirt meint: um das Sauerwerden der Milch zu vermeiden, ist es ratsam, sie in der Kuh zu lassen. Eine häßliche Begriffsvermengung enthält folgende Stilblüte: „der Kriegsminister ist der Geißliche, der den Soldaten in der Kaserne predigt.“ Tatsächlich hat der Enländer für einen Geißlichen und einen Minister das gleiche Wort minister. Von physikalischem Scharfsinn schließlich zeugt der hübsche Ausdruck: Zweideutigkeit bedeutet: die Wahrheit sagen, ohne es zu wollen.

Das „geschlungene“ Kleid — die neue Mode.

Zeit etwa einem Jahrzehnt geht die Tendenz der Mode immer schärfer dahin, ihre Führung, soweit es sich um die Bestimmung ihrer Formen, um die Schöpfung der Vorbilder und um ihren Stil überhaupt handelt, mehr und mehr den Schneidern aus der Hand zu nehmen und den Künstlern zu überlassen. Das ist eine Entwicklung, mit der wir uns um so mehr einverstanden erklären können, als der Anstoß dazu von Deutschland ausgegangen ist: waren es doch deutsche Künstler, unter deren Einwirkung jene Bewegung für die Reformtracht entstand, deren Nachwirkung, soweit man über die Sache auch gespottet hat, heute auf dem ganzen Gebiete der Mode überall fühlbar ist. Die entscheidende Mitwirkung der Künstler hat den jüngsten Moden jenen Charakter der Kühnheit und Originalität aufgedrückt, der, von den einen bewundert, von den anderen gescholten, jedenfalls ihr eigentliches Gepräge bildet. Vielleicht das Kühnste, was die Künstlerphantasie noch erfonnen hat, ist das „geschlungene“ Kleid. Sein Wesen besteht darin, daß das Kleid nicht mehr vom Schneider „zugeschnitten“ werden soll. Vielmehr wird der Stoff frei um den Körper der Frau gelegt, paßt sich den individuellen Formen auf das Genaueste und Schmelegsamste an und wird nur durch Knoten, Schleifen, Schärpen geknüpft, gehalten abgeschlossen. Also kein Rod, keine Korsetts mehr, nur noch völlig freie Drapierung des Stoffes.

Sehr interessante Proben der neuen, „geschlungenen“ Mode, in der man voraussichtlich die große Mode des kommenden Herbstes zu erblicken hat, gibt die „Gazette du Bon Ton“, diese Kunstzeitschrift der Mode von heute, deren Berliner Verleger Paul Cassirer ist. Das „geschlungene Kleid“ wird durchweg sehr eng an den Körper gelegt, so daß die Frauenfigur im ganzen einen „archaischen“ Charakter erhält, der an die Frauengestalten auf griechischen Grabsteine erinnert. Frei, ungenäht, zwanglos und doch auf das raffinierteste geführt und gelegt, fällt der Stoff von den Schultern bis zu den Knöcheln, um etwa am Bein durch eine Schleife geschlossen oder in der Höhe des Knies durch eine große Spange zusammengehalten zu werden. Bei

einem anderen Modelle verlängert sich die schließende Schleife, die in Anhöhe angebracht ist, zu einer kleinen schmalen Schärpe, die schleppenartig hinter dem Kleide abfällt. Das Grundprinzip des Kleides wird bis in die Einzelheiten hinein gewahrt, also daß z. B. der Arm von schmalen Stoffstreifen nur wie von einer losen Girlande umschlungen wird.

Wie sich diese Modelle in der Praxis der Schneiderwerkstätten gestalten werden, bleibt abzuwarten; so ansprechend der Grundgedanke der „geschlungenen“ Mode ist, so erregt sie doch insofern Bedenken, als sie eine ausgeprochene Vorliebe für die möglichste Verengung des Kleides hat. In diesen Modellen können die Frauen wieder nur trüppeln: sie werden wie Kunstwerke, wie Puppen wirken, die schön anzusehen, aber ihres Körpers nicht mächtig sind.

Theater.

— Residenz-Theater Wiesbaden. Wie wir erfahren, hat das Residenz-Theater den ehrenvollen Auftrag erhalten, im Künstler-Theater in München einen Monat zu gastieren. Auch die Liter.-Dramat. Gesellschaft Brüssel hat Herrn Dr. Rauch erlucht, mehrere Werke moderner Dichter, wie Thoma u. a. dort zur Darstellung zu bringen.

Kleine Mitteilungen.

Gottfried Dagedorn vom Elberfelder Stadttheater (ein geborener Wiesbadener), wurde nach erfolgreichem Probeingen für das Hoftheater in Karlsruhe verpflichtet.

Aus Berlin schreibt man uns: Auf der ersten Konferenz der internationalen Filmzeitung, die gegenwärtig in Berlin tagt, wurde bei den Mitteilungen über das Reichskinetographengesellschaft bekannt gegeben, daß das Reichskolonialamt eine kinematographische Expedition nach unseren Kolonien schicken wird. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen des Oberregisseurs am Königl. Schauspielhaus Dr. Bruns.

Walter Harlan's Tragödie „Das Rürnbergische Ei“ ist für die nächste Spielzeit vom Deutschen Theater in Berlin erworben worden, desgleichen vom Deutschen Theater in Hannover und von den Stadttheatern in Nürnberg und Gärth.

trafen Sage am Kreuzungspunkte unserer wichtigsten Straßen wird es sofort jedem Aufblickenden zeigen, daß Wiesbaden neben all seinen sonstigen Vorzügen auch die geistigen Interessen begut und pflegt. Dabei ist unsere finanzielle Lage recht günstig geblieben.

Abgesehen von den Schulden unserer sich selbst tragenden Zweigverwaltungen, deren Bedeuten es uns ermöglicht hat, bei Weiterentwicklung aller Annehmlichkeiten unsere seit Jahren festgehaltenen niedrigen Steuerlätze beizubehalten, betragen unsere Schulden am 1. April dieses Jahres nur 34.308.270 M. Damit stehen sie bloß 400.000 M. höher als vor drei Jahren, wo sie mit 33.900.478 M. zu Buch standen, während unser Grundbesitz weiter stetig zugenommen hat. Für das kommende Rechnungsjahr ist zwar ein Anleihebedarf von 3.197.400 M. vorgesehen, dem bloß eine Tilgung von 1.105.945 M. gegenübersteht, so daß rechnerisch eine Schuldensumme von 2.091.455 M. in Aussicht steht. Davon ist aber eine halbe Million Mark für den Grundstücksfonds bestimmt, dem im Jahre 1913 bereits 1 Million Mark zugewiesen worden war. Auch dürfen die in den Etat der außerordentlichen Verwaltung für 1914 eingestellten 1.500.000 M. Bautkosten des neuen Museums folgerichtig den 2.000.000 M. Erlös aus dem Grundstück des alten Museums entnommen werden, da uns dieses Grundstück zusammen mit den alten Gerichtsgebäuden gegeben wurde, um daraus die Kosten des Museumsneubaus zu decken.

Außer den erwähnten 500.000 M. für den Grundstücksfonds und den 1.500.000 M. für den Museumsneubau sollen aus der vorgesehenen Anleihe von größeren Beträgen zur Verfügung gestellt werden: 400.000 M. für den Neubau des Museums II am Vespelweg, 250.000 M. für die Erweiterungsbauten des Krankenhauses, 202.000 M. für Erweiterung der Kanalisation, 105.000 M. für Straßenbauten und 75.000 M. für Erweiterung der Dekorationsmagazine des Hoftheaters.

An wichtigen Aufgaben für die gesunde Fortentwicklung Wiesbadens fehlt es demnach noch nicht. Deshalb kann nur wiederholt empfohlen werden, der Verwaltung nicht mit unmaßhaltigen Projekten zu kommen, wenn sie auch dem einen oder anderen von uns als wünschenswert erscheinen möchten. Gesunde Finanzen sind auch eine schöne Einrichtung für eine Stadt und gereichen noch mehr zu ihrem dauernden Vorteil, als mancher überflüssige Prunkbau.

Der Finanzausschuß beantragt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle, unter Vorbehalt der besonderen Genehmigung der verschiedenen Kommissionsräte, der Feststellung des Voranschlags der außerordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 mit 3.895.825,48 M. in Einnahmen und des gleichen Betrages in Ausgabe ihre Zustimmung erteilen.“ Die Versammlung tritt hierauf in die

Generaldebatte über den Etat

ein. Stadtv. Klärner dankt dem Oberbürgermeister und dem Berichterstatter für die so außerordentlich klaren Ausführungen, die aber in ihrer Klarheit leider manche Hoffnungen, die von verschiedenen Kreisen auf den neuen Etat gesetzt worden seien, zu Schanden machten. Der Oberbürgermeister habe selbst gesagt, daß sogar berechtigte Wünsche hätten zurückgestellt werden müssen, und hierzu rechne der Redner besonders die Wünsche der städtischen Beamten und Lehrer, bei deren letzten Besoldungsregelungen Härten und Lücken entstanden seien, deren mögliche Abheilung er fordert.

Stadtv. Hartmann meint, nach dem, was man gehört habe, gebe es eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Wenn es vielleicht das Beste wäre, den Etat so anzunehmen, wie er vorliegt, so möchte er doch noch einige besondere Wünsche vorbringen. So händen er und seine hiesigen Freunde durchaus nicht auf dem Standpunkt des Frankfurter Bürgermeisters, daß die Bevölkerungsabnahme in Wiesbaden auf das Festhalten an der 100prozentigen Einkommensteuer zurückzuführen sei. Redner ersucht dann, nicht nur für die Straßen im Kurviertel besondere Anwendungen zu machen, sondern auch die anderen Stadtteile mehr zu berücksichtigen, forderi Verbilligung des elektrischen Stromes und Erleichterung der Hausanschlüsse. Er erneuert seine alte Forderung nach Freifahrkarten für die Stadtverordneten auf der Elektrischen und verlangt, daß bei der Neuverteilung der Votenziffern der Straßenbahn die Öffentlichkeit und vor allem auch die Stadtverordneten gehört werden. Er vertritt sich über die Wertzuwachssteuer und die Umsatzsteuer, welsch letztere den Kommunen überlassen bleiben müsse, und hofft, daß der Generalparabon so ausfallen möge, daß aus seinem Ertrag die Umsatzsteuer um ein Drittel, d. h. 60.000 Mark, ermäßigt werden kann.

Stadtv. Demmer mißt die Schuld für den Rückgang der Einwohnerzahl der einseitigen Interessenpolitik für die Kur bei. Nur die Heranziehung von Industrie und eine richtige Eingemeindungs politik werde hier Wandel schaffen. Die Begründung, auf der Einkommensteuer von 100% stehen zu bleiben, weil die Steuerzahler jetzt durch den Mehrbeitrag und die dadurch vielfach hervorgerufene Erhöhung der Einkommensteuer an sich schon genügend belastet seien, könne nicht stichhaltig sein. Die unteren Bevölkerungsklassen hätten schon die ganze Zeit ihr Einkommen aus Pökel und Pönnig verzinsen müssen. Einen Bezug der Reichen brauche man jetzt auch nicht mehr zu befürchten, da ja nach den eigenen Ausführungen des Oberbürgermeisters die Steuern anderweit noch höher seien. An Hand historischer Material erklärt sodann der Redner, daß in Hessen-Nassau die direkten Steuern in Wiesbaden wohl die niedrigsten, die indirekten aber die höchsten seien, und wendet sich überhaupt gegen die indirekten Steuern, die die breite Masse am schwersten trafen. Er kritisiert, daß der Straßenbau aus Anleihen, statt aus dem Straßenbauernenergiefonds erfolge und vermehrt im Etat höhere Posten für eine Arbeitslosenunterstützungskasse, sowie für Kosthandarbeiten. Er wünsche ja nicht, daß die Kosthandarbeiten eine dauernde Einrichtung würden, vielmehr müsse man eine Besserung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen suchen. Er werde ebenfalls für die berechtigten Wünsche der Beamten, besonders der Unterbeamten, nach Aufbesserung eintreten, müsse aber das gleiche für die Arbeiter fordern. Er fragt, wie hoch die Aufbesserung für die letzteren in den letzten Jahren gewesen seien, und bemängelt verschiedene Striche am Armenverwaltungsetat. Die städtischen Werke holten das, was sie an Ueberflüssen erbringen, allein aus der Arbeiterkraft heraus. Er rücht um Auskunft, ob tatsächlich ein Beschluß des Magistrats bestehe, wonach Arbeiter über 45 Jahren nicht mehr eingestellt werden sollen. Redner vermißt weiter einen Posten im Etat für Volksvorstellungen im Residenz-Theater und schlägt vor, Volkstheater des Kurorchesters für die geringere Bemittelten, vielleicht im Parklandschaftchen, zu veranstalten. Die Statistik der Wohnungszählung vom Juli 1912 sei noch immer nicht bekannt gegeben. Die Elektrische, über deren Zustände „die ganze Welt lacht“, müsse von der Stadt übernommen werden. Im allgemeinen müsse der Etat nach den vorhandenen Mitteln aufgestellt werden, wonach sich dann die einzelnen Ressorts zu richten hätten. Er stellt schließlich die Behauptung auf, daß der Etat nur

nach den Bedürfnissen der reichen Klassen zugeschnitten sei, was die Verwaltung sich erleichtere, indem man in den Finanzausschuß auch nicht ein Mitglied aus der 3. Wählerabteilung hineingewählt habe.

Stadtv. Barner klagt, daß Wiesbaden in allen Steuerfragen nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters an erster oder zweiter Stelle stehe, nur nicht in der Frage der Besoldung der Beamten, deren Forderung der Gleichstellung mit den Staatsbeamten anerkannt werden müsse. Nicht nur die Unterbeamten, sondern alle müßten so gestellt werden, daß sie auf dem teuren Pflaster Wiesbadens ihr Auskommen finden. Während die Arbeiter draußen 3.40 Mark verdienen, gebe es Bürogehilfen auf ganz verantwortlichen Posten gegen eine Tagesentlohnung von 3 M. Auch er hofft Bisse durch den Mehrertrag aus dem Generalparabon.

Stadtv. Werhardt bedauert, daß immer die sozialen Aufgaben unter der Geldknappheit leiden müßten. Er bringt dann eine Anzahl sozialer Wünsche vor, besonders aus dem Krankenhaus und hinsichtlich der zu geringen Unterstützung der Wohltätigkeitsvereine.

Stadtv. Justizrat v. G. freut sich, daß auch von der äußersten Linken dem Etat Anerkennung gezollt wurde. Ihre Anregungen seien aber nichts neues, und in der Debattefrage machten sie es sich stets bequem, indem sie einfach die Einkommensteuer erhöht wissen wollten. Dem Oberbürgermeister stimme er zu, daß alle Wünsche über den Etat hinaus nur durch eine Erhöhung der Einkommensteuer erfüllt werden könnten, und daß zu einer solchen Erhöhung gegenwärtig der ungünstigste Zeitpunkt sei. Er weist die Behauptung des Stadtv. Demmer entschieden zurück, daß man auf der einen Seite Rücksicht nehme auf Betrüger, die die Verwaltung bisher um große Steuerbeträge geprellt hätten, während man auf der andern Seite dem Arbeiter den letzten Groschen aus der Tasche nehme. Dabei sei der Steuerertrag aus Arbeiterkreisen doch nur gering. Redner stellt ferner richtig, daß auch der Bauauschuß die Ansicht vertritt, daß Straßenbauten nicht aus Anleihen, sondern aus dem Straßenbaufonds zu dotieren seien. Im Namen seiner politischen Freunde könne auch er die Erklärung abgeben, daß sie den Beamten, Lehrern und Arbeitern gern Aufbesserungen gewähren würden; dies könne aber nur entsprechend der Finanzkraft der Stadt geschehen, und da werde man die bevorstehende Vorlage des Magistrats abwarten.

Stadtv. Busch beklagt es, daß durch die neue Verfassung eine ganze Reihe von Beamten gegen früher schlechter gestellt worden seien, und bittet um die Berücksichtigung ihrer Wünsche.

Oberbürgermeister Gläffing

dankt für die lokale Aufnahme, die der Etat gefunden habe, und beantwortet dann eine Reihe der von den Vorrednern gemachten Einwürfe und Wünsche. Die Heranziehung von Industrie und die damit in Verbindung stehende

Eingemeindungsfrage

habe er absichtlich nicht berührt, weil er es für außerordentlich bedenklich halte, sich in einer öffentlichen Sitzung über die Absichten des Magistrats zu äußern. Ein warnendes Beispiel dafür seien die Erfolge eines Kollegen in der Nachbarstadt (gemeint ist Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt in Biebrich, Red.), dessen Neuerungen ein Chaos von Meinungsverschiedenheiten in den Zeitungen hervorgerufen hätten. Der Magistrat habe die Frage durchaus nicht fallen lassen, sondern arbeite ernsthaft daran. So habe der Magistrat auf einstimmigen Beschluß

an die Gemeinde Sonnenberg die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, in Verhandlungen über die Eingemeindungsfrage einzutreten.

Wenn die Gemeinde Sonnenberg sich nicht auf die rein geschäftsmäßige Frage stellen werde, hierbei so viel zu verdienen, wie überhaupt nur möglich, so könnten bezüglich Sonnenbergs, das doch heute schon gemiffermaßen eine wirtschaftliche Einheit mit Wiesbaden bilde, und außerordentlich große Vorteile von der Eingemeindung haben werde, die

Eingemeindungsverhandlungen schon in einem halben Jahre beendet sein.

Auch mit Biebrich schweben Verhandlungen. Ob und inwieweit der dortige Magistrat zu der Frage Stellung genommen habe, könne Redner nicht sagen.

Dem Stadtv. Demmer gegenüber bekräftigt sodann Geheimrat Gläffing, daß Wiesbaden in den indirekten Steuern allen anderen Orten voraus sei. Besonders Frankfurt müsse hinter Wiesbaden zurückbleiben. Bezüglich des Pflaster- und des Schulbaufonds teile er die Ansichten der Vorredner. Dies sei auch hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützungskasse der Fall. Hier seien aber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, doch hoffe er, daß man zu einem, alle Teile befriedigenden Kompromisse kommen werde — nicht aus irgend einem Entgegenkommen, sondern weil er tatsächlich selbst eine solche Einrichtung für wünschenswert halte. Die Anregung nach Arbeiterkonzerten wünschenswert halte. Die Anregung nach Arbeiterkonzerten halte er für sehr bedeutsam. Die Frage der Uebernahme der elektrischen Straßenbahnen werde erst 1917 iprudenz. Der Magistrat habe aber bereits einen Dezerenten zur eingehenden Prüfung der Sache bestimmt, und werde seine Ansicht dem Stadtverordneten in einer ausführlichen Denkschrift unterbreiten. Bezüglich der Freifahrkarten auf der Elektrischen hoffe er, demnächst zu einem Kompromiß zu gelangen, der dem Wunsch der Stadtverordneten entspricht, ohne dabei mit der Aufsichtsbehörde in einen Konflikt zu kommen. Die Beschleunigung der Errichtung eines Stadenhauses liege infolge der Bestimmungen der bekannten 100 M. -Stiftung für diesen Zweck ja im Interesse der Allgemeinheit. Wegen der Beamtenbesoldungsfrage müsse er betonen, daß er nicht zu den Oberbürgermeistern gehöre, die eine Beamtenbesoldungserhöhung verlangen, wenn die Mittel dazu vorhanden sind. Die Beamten- und Lehreraufbesserung bedine aber 400.000 M., die man jetzt nicht ausbringen könne, was aber nach seiner Ansicht im Verlauf von drei Jahren möglich sein werde.

Inzwischen ist es 7 Uhr geworden. Der Vorsitzende Justizrat Dr. Albert teilt mit, daß noch vier Herren auf der Rednerliste seien, worauf Stadtv. Barner Vertagung der Sitzung beantragt.

Oberbürgermeister Gläffing tritt für den Schluß der Generaldebatte ein, da jeder Stadtverordnete ja noch zu jedem einzelnen Punkt in der Spezialdebatte seine Meinung vorbringen könne. Stadtv. Korrat Elze stellt darauf den Antrag auf Schluß der Generaldebatte, der auch die erforderliche Unterstützung findet und angenommen wird. Auf Protes des Stadtv. Demmer stellt der Vorsitzende fest, daß allerdings für einen solchen Beschluß eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden erforderlich ist, die eine erneute Abstimmung nicht ergibt, jedoch in der Generaldebatte fortgeführt wird.

Stadtv. Arkade stellt fest, daß er und seine ihm nahe stehenden Freunde gern alles tun würden, die notwendigen Mittel zu beschaffen, um die Wünsche der Beamten, Lehrer und Arbeiter zu befriedigen. Mit Recht beklagen sich die städtischen Beamten, daß sie mit den staatlichen Beamten nicht gleichgestellt seien. Auch die Bezüge der technischen und der ihnen gleichgestellten Be-

amten seien — wenn irgend möglich — zu bessern. Redner teilt die Befürchtung, daß die von der Verkehrsdeputation aufgetragene neue Linienführung der Elektrischen durch die Lauggasse und Kirchgasse eine weitere Verschlechterung dieser ohnehin ungenügenden Verbindung bringen werde. Er tritt dann zur Förderung des Zugangs neuer Bürger für die Erschließung von Gelände ein, wo man auch zu billigeren Preisen, als dies bisher meist möglich war, sich in landhausmäßigen Villen ansiedeln kann. Zu begründen sei, daß jezt der Frage der Eingemeindung von Sonnenberg näher getreten worden sei. Die Lösung der Wellristalfrage sollte man nicht zu lange hinauszuziehen und ruhig an die Entscheidung herantreten, wenn auch die Eigentümer dort jezt hohe Forderungen stellten. Die Grundstücke würden doch nicht billiger werden und bei einer Enteignung pflege man doch auf der Mittellinie zusammenzukommen. Eine bessere Verkehrsverbindung nach der dortigen Gegend sei anzustreben.

Stadtv. Barner hält seinen Veriaugungsantrag aufrecht, der indes abgelehnt wird.

Nachdem Johann Stadiv. Demmer seine Ausführungen gegen verschiedene Einwürfe aufrecht erhalten und Stadtv. Hartmann bemerkt hatte, die Behauptung, daß Realsteuern in Wiesbaden seien niedrig, basiere nur darauf, daß in Wiesbaden die Grundbesitztaxen zu hoch seien, schließt die Generaldebatte.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schluswort und die Verammlung vertagt um 7 Uhr 25 Min. die Spezialdebatte auf heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 20. März.

Das Kaiserpaar in Wiesbaden.

Wie der „V. J. a. M.“ mitgeteilt wird, wird die Kaiserin noch einige Wochen in Braunschweig bleiben. Auf die Reise nach Korfu hat sie verzichtet; sie wird von Braunschweig direkt nach Somburg reisen und Anfang Mai in Wiesbaden mit dem Kaiser zusammenreffen. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so dürfte die Kaiserin, die im vorigen Jahre der Stadt fernblieb, eines herzlichsten Empfangs in der Weltkurstadt versichert sein.

Rassauer-Denkmal auf dem Schlachtfeld bei Waterloo.

In dem kommenden Jahre, in dem sich der Gedenktag der großen Entscheidungsschlacht bei Waterloo zum hundertsten Male jährt, werden sicherlich Tausende und Aber-tausende das berühmte Schlachtfeld besuchen. Im Rassauer Lande dürfte es weniger bekannt und fast in Vergessenheit geraten sein, daß in der denkwürdigen Schlacht Nassaus Söhne die herrlichsten Proben ihrer Tapferkeit geliefert haben. Waren sie doch die unbesiegt heldenhaften Verteidiger der Ferme Sougoumont und die Stütze Wellingtons. Alle Völkerrämme, deren Söhne den Heldentod bei Waterloo fanden, haben das Gedächtnis der Toten durch Errichtung von Denkmälern geehrt, so die Niederländer, Briten, Engländer, Hannoveraner und Franzosen. Nur an die Toten aus den Reihen Nassaus Söhne und an die Tapferkeit der nassauischen Regimenter erinnert kein Denkmal. An der historischen Stätte soll demnächst ein würdiges schlichtes Ehrenzeichen errichtet werden, das allen Besuchern Kunde gibt von der ruhmreichen Beteiligung der Nassauer an der Schlacht von Waterloo. Zur Verfolgung dieses Gedankens hat sich in Wiesbaden ein Arbeitsauschuß gebildet, an dessen Spitze Herr Beigeordneter Borgmann, Herr Stadtrat Kapitänleutnant a. D. Meier, Herr Rittner, stellvertretender Archivar, und Herr Hofrat Dr. Spielmann stehen. Der Arbeitsauschuß wird in aller nächster Zeit mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten und ist zurzeit mit der Bildung eines Ehren-ausschusses beschäftigt.

Todesfall. In seiner Wohnung Kleiststraße 21 farb gestern im Alter von 58 Jahren der Generaloberarzt a. D. Dr. Robert Seeliger.

Oriktantenliste. Die Wahl des zweiten Vorsitzenden der Oriktantenliste Wiesbaden ist vom Oberverversicherungsamt infolge des bekannten Proteskes beim Vorgehen der Wahl für ungültig erklärt worden. Das Oberverversicherungsamt begründete seinen Spruch damit, daß ein Stellvertreter nur dann hinzugezogen hätte werden können, wenn durch das Fehlen von Vorstandsmitgliedern der Vorstand beschlußunfähig geworden wäre. Bekanntlich war die Wahl des zweiten Vorsitzenden nur mit einer Stimme Mehrheit zustande gekommen.

Die Entführung. Vor einigen Tagen erschienen in verschiedenen Blättern, u. a. auch in unserer Zeitung, verschiedene Erklärungen. Darin stellte zunächst Prof. Dr. Arthur Voethling (Karlsruhe) mit, daß Fräulein Ilse v. Harber, die Tochter eines Mannheimer Rechtsanwalts, ihres Vermögens beraubt und entführt worden sei. Fräulein v. Harber antwortete in einer Gegenerklärung, daß die Angaben Prof. Voethlings, ihres Oheims, unwar seien und daß sie gegen ihn Klagen werde. Eine Meldung aus Mannheim wußte zu berichten, daß der Entführer im politischen Leben Bayerns eine Rolle spiele und angeblich auch Mitglied der bairischen Kammer sei. Die sich nunmehr herausstellt, handelt es sich hierbei um die Persönlichkeit des Weinobstbesizers Abrech aus Neuhadt a. d. S. Herr Abrech gibt heute über die Angelegenheit in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgenden Aufschluß: „Ich stehe seit 1890 mit der Familie v. Harber in Geschäfts-Verbindung. Herr v. Harber, der früher ein reicher Mann war, hand schließlich mit einigen Millionen in meiner Schuld. Ich übernahm dann von Herrn v. Harber einen großen argentinischen Besitz, der damals verhältnismäßig wertlos war, aber jezt einen außerordentlichen Wert repräsentiert. Im Hinblick auf diese Wertsteigerung ergriff ich nun Herr v. Harber, ihm doch aus diesem argentinischen Besitz einen Anteil zu überlassen. Ich habe mich dazu bereit erklärt, wenn der bereits früher anerkannte Schuldbetrag an mich nicht weiter angezweifelt und wenn die Abtretung eines Anteils an den argentinischen Besitz als völlig freiwillig betrachtet werde. Zu gleicher Zeit mit dieser Angelegenheit schweben seit zwei Jahren die Verhandlungen über die Abtretung sämtlicher Harber-Abrechischer Angelegenheiten. Auch Frä. Ilse v. Harber, die mit ihrer Gesellschafterin viel auf Reisen und sehr geschäftsgewandt ist und ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten pflegt, war mit ihrem Vermögen an der Transaktion beteiligt. Sie befindet sich zurzeit in Neuhadt als Gast unter dem Schutze meiner Schwäger. Sie hat deshalb sofort, als sie Kenntnis von dem Inserat ihres Onkels erhielt, durch ihren Rechtsanwalts in Mannheim eine Gegenerklärung abgeben lassen. Herr Alexander v. Harber, der da er sein früheres großes Vermögen verloren hat, von mir aber bisher immer die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt bekam, betrieb die Lösung der geschäftlichen Frage mit be-

greiflicher Eile. — Diese Darstellung des Herrn Abrecht bedeutet keine völlige Klarlegung der seltsamen Angelegenheit. Es bleibt abzuwarten, was die andere interessierte Seite darauf zu erwidern hat. Abg. Abrecht, der jetzt im 45. Lebensjahre steht, gehört dem bayerischen Landtag seit dem Jahre 1907 an. Er bezeichnet sich selbst als fraktionslos.

Naturhistorisches Museum der Stadt Wiesbaden. Die Sammlungen des Naturhistorischen Museums bleiben vom 28. März ab wegen Abhaltung der Hauptversammlung des Vereins für naturhistorische Altertumskunde und Geschichtsforschung am 25. und des Jahresfestes des naturhistorischen Vereins am 28. März im Vortragsaal des Museums bis auf weiteres geschlossen. Dagegen sind die Neuerwerbungen des Landesmuseums naturhistorischer Altertümer am 26. und die des Naturhistorischen Museums am 29. März, jeweils von 11—1 Uhr, im Vortragsaal (1. Stock) zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Residenz-Theater. In vollständig neuer Einrichtung durch Dr. Rauch wird am Samstag und Sonntag abend nach längerer Pause das so beliebte Lustspiel „Der blinde Passagier“ von Blumenthal und Kadelburg wieder in den Spielplan aufgenommen. Sonntag nachmittag wird das Lustspiel Machiavelli's „Mandragola“ zu halben Preisen gegeben.

Kurtheater. Auf vielfachen Wunsch wird heute, Freitag, den 20. und morgen, Samstag, den 21. März, der lustige Militärskizzen „Der Millionenrekord“ wiederholt. Am Sonntag, den 22. März, findet die Erstaufführung des dreitägigen Schwankes „Der Doppelmensch“ (Der Pumpenball) von Wilhelm Jacobson statt. Nachmittags 3 1/2 Uhr wird zu kleinen Preisen „Das Hiegersliedchen“ zum letzten Male gegeben.

Konzert Klavier-Vieler. Für den am Montag, 23. März, abends 8 Uhr im Zivill Kasino stattfindenden Konzertabend macht sich ein reges Interesse geltend. Die Beliebtheit der beiden hervorragenden Künstler hat auf den Karten-Vorverkauf außerordentlich einwirkend.

Elternabend. Der Vorstand der Jungdeutschen Jugendwehr hält am Samstag, 21. März, abends 8.30 Uhr, im „Deutschen Hof“, Goldgasse 4, einen Elternabend ab. Bei dieser Gelegenheit soll Auskunft gegeben werden über die Aufgaben und Ziele der Jugendpflege an der schulenläufigen männlichen Jugend. Eltern, Arbeitgeber und Lehrherren, sowie die Eltern der Eltern zur Entlassung kommenden Schüler dürften Gelegenheit finden, sich durch Besuch des Abends über ungeklärte Fragen der Jugendpflege zu unterrichten.

Rassau und Nachbargebiete.

O. K. Geisenheim, 19. März. Ein interessantes Künstlerkonzert fand dieser Tage hier statt. Herr Selmar Victor, der bekannte Organist aus Wiesbaden, hatte sich mit der Sopranistin Fräulein Marie und Herrn v. Schend, dem beliebten Bassisten des Königl. Hoftheaters verbunden. Ein vornehmes, künstlerisches Programm hatte eine zahlreiche Zuhörerschaft angelockt, die ihren Dank durch sehr lebhaften und anhaltenden Beifall zu erkennen gab.

Waldau, 19. März. Lebensüberdrüssig. Infolge unalltlicher Familienverhältnisse erschöpfte sich gestern der Former Borz.

Schlangenberg, 19. März. Gemeindevahlen. Unter sehr reger Beteiligung gingen heute die Gemeindevahlen vor sich. In allen Klassen behielten die jetzigen Vertreter ihre Stelle, nämlich Bürgermeister Heinrich Conradt in der 1., Josef Winter in der 2. und Dr. Müller de la Fuente in der 3. Klasse. Für den als Bürgermeister auscheidenden Lindermeister R. Kossel wurde der Kurwähler C. G. S. entnommen als Ersatz für die nächsten 4 Jahre in die 2. Klasse neu gewählt.

Vorch, 19. März. Verweist. Herr Bahnhofsvorsteher Weber ist ab 1. April nach Osthofen verlegt. An seine Stelle wird Herr Fischer aus Bischofsheim treten.

Gorsheim, 19. März. Todesfälle. Ein aus Straubach stammender Schiffer eines hier vor Anker liegenden Bootes wollte gestern nachmittag mit einem Fahrrad nach Coblenz fahren. In einer Kurve auf der abschüssigen Landstraße am Rhein verlor er, zumal an dem Rad auch das eine Pedal fehlte, die Gewalt über das Rad. Er fuhr gegen einen Pfeiler und stürzte dabei so unglücklich, daß er schwere Verletzungen am Kopf erlitt. Zwar war Hilfe alsbald zur Stelle, doch trat der Tod bereits auf dem Transport nach hier ein. Der Mann war verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Rm. Mainz, 20. März. Dem irdischen Richter entzogen. In seiner Wohnung in Raunheim a. M. erschöpfte sich heute Nacht der 40 Jahre alte Polizeidiener Jacob T. wegen Unterschlagung von Münzgoldern in Höhe von etwa 1000 M. Es haben auch Untersuchungen wegen anderer Unrechtmäßigkeiten gegen ihn geschwebt.

Köln, 19. März. Festnahme eines Gaunerpaares. Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, einem gefährlichen Diebespaar auf die Spur zu kommen, das jahrelang in großen Warenhäusern bedeutende Diebstähle ausgeführt hat. Die Frau trug stets eine große, aufklappbare Tasche, in der sie die gestohlenen Gegenstände verschwinden ließ. Sie trat äußerst elegant auf, trug ein Pelzjacket im Werte von 2000 M. und große Federhüte, wodurch die Angestellten sicher gemacht wurden. Sie kaufte nur selten. Bei ihrer Verhaftung fand die Polizei bedeutende Vorräte gestohlener Waren in einem Keller, den die Frau eigens zur Aufnahme desselben gemietet hatte. Der Wert der vorräumlichen Waren beläuft sich auf etwa 15000 M. Inzwischen sollen sich die gestohlenen Gegenstände auf einen Wert von 30000 M. belaufen. Bei verschiedenen Banken Kölns und bei der Sparkasse hatte das Paar ansehnliche Guthaben, die wohl den Erlös der gestohlenen Sachen darstellten. Ins Gefängnis gebracht, kürzte sich die Frau aus dem Fenster auf den Hof, trug jedoch nur leichtere Verletzungen davon, so daß sie aus dem Bürgerhospital, wohin sie gebracht worden war, bald ins Gefängnis zurücktransportiert werden konnte.

Sport.

Das neue Totalisator-Gesetz.

Das neue Totalisator-Gesetz soll heute veröffentlicht werden. Es ergibt nach dem Veranschlagung einen Ertrag von 20 Millionen Mark. Davon sollen 15 Millionen Mark an die Reichskasse fließen und zur Deckung der aus der Befolgungsnovelle und der Aufbesserung der Altpensionäre entstehenden Mehrkosten verwendet werden. Die anderen 5 Millionen Mark sind für die Bundesstaaten bestimmt, in denen Rennbetriebe bestehen. Sie sollen hier zur Hebung der Landeswirtschaf dienen. Die Novelle scheint gegen die ursprünglich beabsichtigte Fassung, namentlich in den feuerrechtlichen Grundfragen, stark verändert worden zu sein. Ursprünglich war beabsich-

tigt, die Reichstotalisatorsteuer von 16% Prozent auf 8 Prozent zu ermäßigen, wie jetzt aber veranlagt, soll nur eine Ermäßigung auf 12 Prozent eintreten. Der Buchmacher hat als Steuer an den Staat 6 Prozent seines Umsatzes zu bezahlen; ursprünglich hatte man nur mit einer Besteuerung von 5 Prozent gerechnet. Der Wette wird nur im Falle eines Gewinnes herangezogen und hätte bei Wetten für inländische Rennen sich von seinem Gewinn 6 Prozent Abgabe gefallen zu lassen, wenn dieser zweifach ist. Die Steigerung ist derart, daß bei einem mehr als zweifachen Gewinn 8 Prozent, bei mehr als vierfachen 10, bei mehr als sechsfachen 12%, bei mehr als achtfachen 15, bei mehr als zehnfachen 18, bei mehr als zwanzigfachen Gewinn 20 Prozent Abgaben zu zahlen sind. Die Besteuerung der Auslandslette hat, falls der Reichskanzler nicht anders verfügt, 10 Prozent nicht zu übersteigen. Ob dieser Modus sehr glücklich gewählt ist, muß sehr bezweifelt werden, denn ein Wette wird sich schwer dazu verstehen können, sich derartig hohe Abzüge gefallen zu lassen.

Es veranlagt weiter, daß das Gesetz vorschlägt, im Ganzen für Deutschland 50 Buchmacher zu konfessionieren. Diese können in den einzelnen Städten beliebig viele Filialen errichten. Auf allen größeren Rennbahnen ist die Anlage eines Buchmacherzuges gedacht, der von dem weitenden Publikum nur gegen ein besonderes Eintrittsgeld von 10 M. pro Tag betreten werden kann. In diesem Stande nimmt der Buchmacher nur Wette in Höhe von 50 M. aufwärts an. Alle Wette, die kleinere Beträge als 50 Mark anlegen wollen, sollen durch den öffentlichen Totalisator benutzen. Die Buchmacher-Konfession wird nur an deutsche Staatsangehörige verliehen. Die Buchmacher müssen eine hohe Kautions hinterlegen und das nötige Geschäftskapital nachweisen können. Die Wäher unterliegen einer strengen Kontrolle. Die Annahme von Wette in den Wettbüros erfolgt nur bis eine halbe Stunde vor Beginn des ersten Rennens, sowohl für deutsche als auch für ausländische Rennen.

Personen, die nach Einführung des neuen Wettgesetzes nach Wette abschließen, ohne im Besitze einer Konfession zu sein, werden mit Gefängnis bestraft. Von den auf Grund des neuen Gesetzes erzielten Steuern nimmt der Staat 7/10 Prozent, die übrigen 3/10 Prozent sollen dazu benutzt werden, um die Rennvereine für einen eventuell eintretenden verminderten Totalisatorumsatz zu entschädigen, sowie weiterhin für gemeinnützige und wohltätige Zwecke. Bezüglich der Einlagbarkeit der Wette wird der bisherige Rechtszustand nicht geändert, d. h. Wette können auch nach Einführung des neuen Wettgesetzes nicht eingeklagt werden. Um eine Einlagbarkeit von Wette zu erreichen, würde eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches nötig sein, und eine solche würde auf Schwierigkeiten stoßen.

Wenn der Reichstag das Gesetz annimmt, soll das Gesetz im August dieses Jahres voraussichtlich mit Beginn der Rennen zu Baden-Baden in Kraft treten.

Wiesbadener Pokalschachwettspiele. Auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße finden am Sonntag zwei weitere Spiele um den Pokal statt. Um 2.45 Uhr spielt die erste Mannschaft des Fußballclubs Rheingold Schierke gegen die zweite Mannschaft des Sportvereins Wiesbaden unter der Leitung des Herrn Siedersichters Müller (Wiesbaden). Um 4.30 Uhr treffen sich dann die ersten Mannschaften des Wiesbadener Sportclubs und des Fußballsportvereins Dohheim. Schiedsrichter ist hier Herr Kraus (Wiesbaden).

Alpenverein. Die zweite diesjährige Wanderung findet am Sonntag, 22. März, statt. Abfahrt 8 Uhr 10 Min. nach Ellville. Von dort beginnt die Wanderung das Sälzbachtal hinauf nach den Dreiborn-Aden. Von hier weiter nach Hausen v. d. H. Nach einer kurzen Frühstückspause geht weiter nach der Halparter Zonae zur Kaiserkraft. Der Abstieg erfolgt durch das obere Kesselbachtal nach Erbach zu einem gemeinsamen Essen im Gasthaus zum Engel. Gesamtmarstzeit 6 1/2 Stunden.

Billardmatch Hoppe-Yamada um die Weltmeisterschaft. Amischen dem Verteiliger des Weltmeistertitels im Billardspiel, dem Amerikaner Willie Hoppe und dem auch in Deutschland bekannten Japaner Yamada hat in Chicago ein Match um die Weltmeisterschaft stattgefunden. Gespielt wurde ein Zweifach-Cadre-Parti auf 500 Points, die Hoppe überlegen in zehn Aufnahmen beendete, während Yamada nur 174 Points erreichte.

Luftfahrt.

Absturz eines Militärflugzeuges.

Edersheim, 20. März. (Telegr.) Ein mit zwei Soldaten besetzter Doppeldecker der Koblenzer Fliegerkürze stürzte heute vormittag infolge widrigen Windes aus beträchtlicher Höhe ab und wurde zertrümmert. Der Führer, ein Unteroffizier sprang vorher aus 20 Meter Höhe ab und blieb unverletzt. Auch sein Beisitzer erlitt nicht die geringste Verletzung.

London, 20. März. Gestern ist abermals ein Offizier der englischen Fliegerabteilung mit seinem Apparat tödlich verunglückt. Der Unfall ereignete sich in der Nähe von Salisbury bei Ilpavon. Der Offizier des abgestürzten Flugzeuges ist der Leutnant Trebb, der erst seit einiger Zeit im Fliegen Unterricht nahm. Er benutzte bei seinem letzten Flug eine Norman- Maschine und hatte nachmittags bereits 2 oder 3 wohlmeinende Flüge ausgeführt, bei denen sich jedesmal ein Ausbilder an Bord des Flugzeuges befand. Als er gegen abend noch einmal zu einem Flug anfing, erreichte er auch bald eine Höhe von 1000 Fuß. Beim Abstieg geriet aber die Maschine in zwei hohe Bäume und überschlug sich. Der Offizier stürzte aus einer Höhe von 50 Fuß auf die Erde herab und wurde auf der Stelle getötet.

Mehr als 50 Personen ertrunken.

Aus Venedig bringt der Draht folgende Meldung: Hier kollidierte ein Torpedoboot mit einem der kleinen Dampfer, die dem Verkehr auf dem Kanal dienen, auf dem sich etwa 60 Personen befanden. Davon wurden 10 gerettet. Viele Ausländer sind ungerettet.

Ueber die Schiffskatastrophe wird weiter aus Venedig gemeldet: Donnerstag nachmittag gegen 1/2 Uhr ereignete sich hier eine große Schiffskatastrophe, bei der 50 bis 60 Personen zu Grunde gegangen sind. Ein kommunales Dampfboot kam aus Santa Elisabeta al Pido mit 80 Personen an Bord und rief mit einem italienischen Torpedoboot zusammen, das einen Plätter und ein großes Floß schleppte. Der Zusammenstoß war ungemein heftig. Das Dampfboot wurde alalt durchschnitten und sank sofort. Sämtliche in der Kabine befindlichen Passagiere gerieten unter Wasser. Die Mehrzahl derselben ist ertrunken. 30 bis 40 Personen wurden gerettet. Auch ihren Anaben glaubt man, daß sich noch etwa 10 Personen durch Schwimmen gerettet

haben, so daß die Verunfallte 58 Personen aufweisen dürfte.

Die Unglücksstelle wurde sofort abgesperrt und in einem großen Umkreis das Wasser abgepumpt. An der Rettungsaktion beteiligten sich Taucher und auch ein österreichisch-ungarisches Schleppschiff, das mit seinen beiden Reflektoren die Unglücksstelle erleuchtete. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Angeblich hat der Führer des Bootes sowie die Passagiere die Flügel eines Hydroplans beobachtet und dabei die Annäherung des Torpedobootes nicht wahrgenommen. (?)

Sofort nach dem Zusammenstoß des Torpedobootes mit dem Passagierdampfer wurde der mit nächtlichen Scheinwerfern ausgestattete österreichisch-ungarische Schlepper „Triton“ zu Hilfe gerufen. Auch ein Boot des deutschen Kreuzers „Göben“ eilte herbei. Der Cheffotograf des Marinebureau's leitete persönlich die Rettungs- und Bergungsarbeiten. Der Torpedobootsjäger „Ire-quieto“ sucht mit Tauchern nach den Leichen. Es sollen nur etwa 10 Passagiere gerettet worden sein. — Nach einer weiteren Meldung handelt es sich um das Torpedoboot „L. 54“. Bis 8 Uhr abends waren sechs Leichen geborgen. Acht Personen sollen gerettet worden sein.

Aus Venedig wird jedoch noch gemeldet: Um 1 Uhr nachts waren bereits über 20 Leichen geborgen. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich auch die Mannschaften der kaiserlichen Nacht „Hohenzollern“ und des Kreuzschiffes „Goeben“. Unter den Geretteten befinden sich auch zwei Berliner, ein Herr Neumann und ein Herr Karl Wolf. Schuld an dem Unfall ist der Kapitän des Dampfers „Bavoretto“, der leichtsinnig dem Kurs des Torpedobootes folgte. Infolge des frühlichen Wetters hielten sich die meisten Passagiere in den Kabinen auf. Dies ist auch der Grund, weshalb so viele Personen ihr Leben einbüßten.

Zu der Schiffskatastrophe bei Venedig wird weiter gemeldet: Die Nachricht vom Unglücksfall hat die Stadt Venedig in große Trauer versetzt. Die Matrosen des Torpedobootes „L. 54“ sprangen bei dem Unfall sofort ins Wasser und verriethen die mit den Wellen ringenden Menschen zu retten. Es heißt, daß bei den Rettungsarbeiten auch vier Matrosen der „Hohenzollern“ ertrunken sein sollen. — Sämtliche Theateraufführungen wurden in Venedig abgesetzt. Im Hafen haben alle Schiffe Holzbark geblieben. Die Zeitungen erscheinen mit Trauerband.

Bermischtes.

Von einem prägnanten Wagen überfahren.

Der Draht meldet aus Berlin: Der Wagen des Prinzen Karol von Rumänien überfuhr in sehr schnellem Tempo getrennt in der Rauenstraße einen Mann, der schwer verletzt liegen blieb. Der Prinz ließ den Verunglückten nach dem hiesigen Krankenhaus schaffen, wo dieser noch beunruhigend darniederliegt.

Grubenunglück.

Aus Essen wird gemeldet: Auf Beche „Glück auf Segen“ wurden 2 Bergleute von hereinbrechenden Kohlenmassen verschüttet. Der eine war sofort tot, der andere wurde nach 8 Stunden befreit, sein Zustand ist derart, daß er kaum mit dem Leben davontommen dürfte.

Gilddliche Flucht eines deutschen Fremdenlegionärs.

Übermals ist es einem Deutschen gelungen, den Qualen der Fremdenlegion durch die Flucht zu entgehen. In der Geschäftsstelle des Hilfsbundes gegen die Fremdenlegion, Berlin W. 20, Schwabische Straße 28, meldete sich gestern der ehemalige Legionär Heinrich Kleinberg, der folgende Angaben machte und sie durch seine Papiere belegen konnte: Er ist am 28. Oktober 1883 zu Wüschlingen bei Trier als Sohn eines Landarbeiters geboren. Schon 1903 bis 1905 diente er im 175. Infanterie-Regiment zu St. Avold in Lothringen. Im Jahre 1911 geriet er in einer Herberge nahe der französischen Grenze einem Werber in die Hände, wurde von diesem nach Nancy gebracht und dort für die Legion angeworben. Alle seine Versuche, sich zu befreien und zu seinen Eltern zurückzugelangen, schlugen fehl. Er kam in das 2. Regiment von Soisa, wo er Dienst

Advertisement for Salem Gold and Salem Aleikum cigarettes. The ad features an illustration of a man in a suit sitting at a table with a woman in a dress, both smoking. The text reads: 'Nach dem Diner erwarten Ihre Gäste mit Bestimmtheit, daß ihnen eine mild duftige Salem Gold oder eine würzige aromatische Salem Aleikum Cigarette präsentiert wird.' Below the illustration, it says 'Salem Gold (Goldmundstück, oval) Salem Aleikum (Hohlmundstück, rund) Preis Nr. 34 5 6 8 10 3 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck. Löst mit Firma: Orient-Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden. Inh. Hugo Kietz, Hoflieferant S.M. d. Königs von Sachsen. Trusffrei!' There are also small circular logos at the bottom corners of the ad.

lat. Am 3. Oktober 1913 wurde er von Oran nach Toulon (Gaihon) verschifft. Hier gelang es ihm endlich, zu entfliehen. Unter den qualvollsten Leiden langte er nach einer Fußwanderung von 50 Tagen im Monat Februar dieses Jahres in Canton an. Hier nahm sich das deutsche Konsulat seiner an und nach langen Irrfahrten traf er jetzt in Berlin ein, wo er sich auf Anraten von Bekannten zum Hilfsbund gegen die Fremdenlegion begab. Diese will nun versuchen, etwas für ihn zu tun. Vorher wird Kleinberg in mehreren öffentlichen Versammlungen, die der Bund veranstaltet wird, seine Leiden und Entbehrungen und vor allem die unmenschliche Behandlung, die er in der Legion erdulden mußte, erzählen.

9200 Fischer vermisst.

Aus Odessa wird gemeldet: Einem hier eingegangenen Radiotelegramm zufolge sind von 10 000 Astrachaner Fischern, die einen Tag vor dem großen Inflow ins Meer ausliefen, wie durch ein Wunder 800 von ihnen glücklich gelandet. Das Schicksal der übrigen 9200 ist unbekannt. Die Zahl der auf der Kischnewsker Landzunge Ertrunkenen ist auf 3200 festgesetzt.

Das Ende einer Fälschung.

Aus Stockholm meldet der Draft: Im Staatsrat ist die Ehe des Prinzen Wilhelm von Schweden mit der Großfürstin Maria Pawlowna für gelöst erklärt worden.

Kurze Nachrichten.

Der Direktor des Vesuv-Observatoriums verunglückt. Der bekannte Vulkanologe Professor Mercalli, Direktor des Vesuv-Observatoriums, ist infolge der Explosion einer Petroleumlampe verbrannt. Donnerstag früh wurde seine Leiche, völlig verkohlt, im Arbeitszimmer seiner Wohnung in Neapel aufgefunden. Mercalli war einer der ersten Vulkanologen der Gegenwart.

Ein Arbeiter als Millionenerbe. Eine Millionenerbschaft ist dem Arbeiter Johann Jankowski in Sosnowice zugefallen. Er erbt von dem amerikanischen Konsulat in Warschau die Nachricht, daß sein vor einigen Wochen in New-York verstorbenen Vater ihm 450 000 Dollar hinterlassen habe.

Letzte Drahtnachrichten.

Im Bergwerk verunglückt.

Aus Deuthen (O.S.) wird gemeldet: Durch einen zu früh losgegangenen Sprengschuß verunglückte auf der Brzegowitz-Grube der Bergmann Rudyga tödlich. Auf der

Friedensgrube wurde durch herabfallende Kohlenmassen der Bergmann Profiter erschlagen.

Tollwutepidemie.

In Saratow brach eine Tollwutepidemie unter den Hunden aus, die einen erstaunlichen Umfang annimmt. Hunderte von tollwütigen Hunden treiben sich in den Straßen umher und fassen Passanten an. Ueber vierzig Menschen sind gebissen worden. Unter der Einwohnerschaft herrscht Panik. Die Stadtverwaltung läßt jetzt die gefährlichen Tiere in Mengen einfangen und vernichten.

Demonstrationen polnischer Studenten.

In Warschau versammelten sich etwa 120 polnische Studenten vor der Wohnung des deutschen Generalkonsuls, Freiherrn von Brück, um zu demonstrieren. Sie bewarfen das Haus mit Steinen und zertrümmerten mehrere Fensterscheiben. Die Polizei verhaftete drei Studenten und brachte sie nach dem Polizeibureau. Bald darauf fanden sich dort 50 weitere Studenten ein, die sich mit den Verhafteten solidarisch erklärten.

Frankfurter Börse

vom 20. März.

Der Jahresabschluss der United States Steel Corporation hat an der gestrigen New Yorker Börse nur wenig zur Besserung der Tendenz beigetragen, trotz der sehr günstigen Umsatz- und Gewinnziffern, die für das Jahr 1913 erzielt worden sind. Man muß annehmen, daß das laufende Geschäft sich wesentlich verschlechtert hat — im anderen Falle würden die Bilanzziffern doch eine stärkere Wirkung ausüben. Ähnlich dürfte auch die Lage in der heimischen Industrie zu beurteilen sein; vielfach werden die letzten Ergebnisse für das laufende Jahr nicht wieder erreicht werden, und diese Auffassung ist es, die auf den Montanmarkt einen Druck ausübt, bezw. eine Besserung der Kurse verhindert.

Heute war die Tendenz wieder auf allen Gebieten Luftlos und Schwach behauptet.

Dürkoppwerke sind heute exkl. 22 Prozent, Lieperr exkl. 25 Prozent Dividende notiert.

Ergänzungs-Nachricht.

Berlin, 10. März. „Genie“ Dampfschiff-Aktien 280.—, „Eintracht“ Bergwerks-Aktien 57.—, „Gros“ Dampfschiff-Aktien 100.—, „Kron“ Schiff-Aktien 95.40 Deutsche Obofen-Aktien 91.10, „Schantz“ Aktien 141.75, „Salze“ Zellerbach-Aktien 109.—, „Ober-Sächsische“ Akt. 24.—, „Schmidt-Hörner“ Akt. 166.75, „Bosch“ Weissenhof-Str. 161.—, „Kochhausen-Berlin“ Akt. 62.10.

Wetterbericht. Neugasse 22. Gelegenheits-Kaufhaus für Herren- und Knabenkleidung sowie Schuhwaren. - Bekannt billige Preise. Barometer. STÜCKEN NACH VERÄNDERUNG SCHN. S. TROCK. N. FEUCHT.

von der Wetterdienststelle Weilburg. Höchste Temperatur nach C.: + 8 niedrigste Temperatur 0. Barometer: gestern 753.6 mm. Heute 744.5 mm.

Voraussichtliche Witterung für 21. März: Meist wolfig und trübe mit Niederschlägen bei milden aber zeitweise starken Winden.

Niederschlagshöhe seit gestern: Weilburg 1, Trier 3, Felberg 2, Wigenhausen 1, Reufkirch 4, Schwarzenborn 1, Marburg 1, Kassel 1.

Wasserstand des Rheins und der Lahn vom 20. März. Konstanz 3.69 gestern 3.72, Bingen 4.10 gestern 4.17, Hünningen 2.71 gestern 2.96, Albenau 4.75 gestern 4.82, Kehl 3.72 gestern 3.88, Caub 5.06 gestern 5.29, Straßburg 3.61 gestern 3.87, Koblenz 5.47 gestern 6.11, Rannheim 6.16 gestern 6.22, Pfalz 6.52 gestern 6.78, Mainz 3.49 gestern 3.44, Weilburg 4.02 gestern 5.08.

21. März. Sonnenaufgang 6.05, Sonnenuntergang 6.11, Mondaufgang 4.40, Monduntergang 12.05.

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Niedner) in Wiesbaden. Chefredakteur: Bernhard Grothus. - Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothus; für Feuilleton und Volkswirtschaftlichen Teil: H. C. Eifenberger; für den literarischen Teil: Carl Diebel; für den Anzeigenteil: Paul Lauge. Sämtlich in Wiesbaden.

Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Nieder- und Mittel-Rhein. Die diesjährige General-Versammlung findet Mittwoch, den 8. April d. J., vormittags 11 Uhr im Verwaltungsgebäude der Gesellschaft zu Düsseldorf statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über den Verlauf des Geschäftes und die Betriebsergebnisse des Jahres 1913. 2. Genehmigung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung pro 1913. 3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 4. Verteilung des Reingewinns. 5. Wahl zum Aufsichtsrat: a) für den Wahlbezirk Wiesbaden, b) " " Mainz. 6. Festsetzung der Reihenfolge, in welcher die Stellvertreter zu den Sitzungen des Aufsichtsrats im Verhinderungsfalle eines Mitgliedes einzuladen sind. (§ 13 der Satzungen.) 7. Wahl der Revisoren für das Geschäftsjahr 1914. Indem wir die Herren Aktionäre hierzu ergebenst einladen, ersuchen wir Bevollmächtigte, sich spätestens drei Tage vorher durch schriftliche Vollmacht über ihre Befugnis bei uns auszuweisen. Düsseldorf, den 19. März 1914. 639 Der Vorstand.

Sarg-Magazin Ernst Müller, Erd- und Feuerbestattungen, Wallufer Strasse 3, - Telefon 576. - Lieferant des Vereins für Feuerbestattung u. d. Beamtenvereins. Eigener eleg. Leichenwagen.

Begr. 1865 Telefon 265. Beerdigungs-Anstalten „Friede“ u. „Nicht“. Firma Adolf Eimbarth 8 Ellenbogengasse 8. Größtes Lager in allen Arten Holz- und Metall-Särgen zu realen Preisen. Eigene Leichenwagen und Kranwagen. Lieferant des Vereins für Feuerbestattung Lieferant des Beamten-Vereins.

Herrn Mädchen f. für 1. April Stelle als Stütze d. Hausfrau od. als Kindermdm. Geh. 20 M. Dth. an Yvette Gebhardt, Buntkebel (Nichtelgeb.), Ludwigstr. 48. 1914

29. geb. Frä. perf. l. Schneidern u. Bekleid. f. Stell. u. l. 4. 15. 4. a. Bäckereibehlf. Dth. etw. u. l. 8. 1217 an Rudolf Woffe, Leipzig. M. 219

Statt besonderer Anzeige. Gestern vormittag 9 Uhr verschied unerwartet schnell der Generaloberarzt a. D. Dr. Robert Seeliger im 56. Lebensjahre. Im Namen der Hinterbliebenen: Otto Winkler Osnabrück. 642 Wiesbaden, Osnabrück, den 20. März 1914. Die Einäscherung findet Sonnabend, den 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im hiesigen Krematorium statt.

BLUSEN TRAUER-KLEIDER RÖCKE STOFFE J. BACHARACH WEBERGASSE Morihstraße 44, 3. Etage, auf mbl. Sim. m. 1 od. 2 Betten mit und ohne Pension. 367

Trauer-Kleider für Damen und Mädchen in grosser Auswahl. Aenderungen sofort. Massanfertigung in 12 Std. Schwarze Blusen und Röcke sehr preiswert. Fernsprecher { Nr. 365 u. 6470. J. Hertz Langgasse 20. 189.29

Richard Fabrikate. Graf Rakao Golf-Schokoladen Kaiserin Konfakturen. Kalt trurr. ausländischer Marken dem deutschen Volke empfohlen. Wilh. Schlemmer, Drogerie, Westendstraße 36; Medizinal-Drogerie Hygiea, Morihstraße 24; ferner in der hiesigen Richard-Fabrikale. Weitere Verkaufsstellen an Plakaten kenntlich. Herzoglich Schleswig-Holstein'sche Rakao-Gesellschaft Wandsbrel.

Requiem von Verdi. Heute im Saale des Kath. Gesellenvereins, Dotzheimer Strasse 24: 641 8 Uhr: Orchester; 9 Uhr: Chor.

Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Köln. Unfall, Reife, Haftpflicht, Reklamationen u. Garantie, Sturmschäden, Einbruch u. Diebstahl, sowie Glas-Versicherung. General-Agent: Heinrich Dillmann, Bureau: Friedrichstraße 30, I. 2048

Veränderungen im Familienstand Wiesbaden. Geburten: Am 15. März: Dienstmagd Walter Straußfeld, 24 J. - Am 16. März: Ehefrau Amalie Stahl, geb. Harth, 36 J. Aufwärtlerin Christine Müller, 72 J. Maurer Karl Martin, 24 J. - Am 17. März: Gastwirt Alfred Klein, 44 J. Ehefrau Magdalena Reude, geb. Dofem, 21 J. Ehefrau Marie Rattermann, geb. Reiner, 36 J.

Bekanntmachung. In das hiesige Handelsregister Abteilung A. ist heute bei der unter Nr. 18 eingetragenen Firma Adolf Schramm in Dersborn folgendes eingetragen worden: Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind: 1. die Ehefrau des Kaufmanns Einar Docina Gela, geb. Schramm in Dersborn, 2. die Ehefrau des Landwärters Dr. Ferdinand Kräutlich, Adelheid, geb. Schramm in Dersborn, 3. der Kaufmann Arns Schramm in Dersborn, 4. die Frau Schramm selbst. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1914 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft sind lediglich Arns Schramm und Frau Gela Docina ermächtigt. Die übrigen Gesellschafter sind von der Vertretung ausgeschlossen. Dersborn, den 16. März 1914. Rdnliches Amtsgericht.

Telegraphischer Kursbericht der Frankfurter Börse vom 20. März 1914.

Umrechnung: Pf. St. = M. 20.40. || Fr., Lire, Peseta, Lei = M. 0.80. || Oest. fl. (Gold) = M. 2. || 1 öst. fl. (Wbrg.) M. 1.70. || 1 öst.-ung. Krone = M. 8.25. || 1 skand. Krone M. 1.125. || 1 fl. holl. = M. 1.70. || 1 alt. Grbl. d. = M. 3.20. || 1 Rbl. alt. Kred. Rbl. = M. 2.16. || 1 argt. Goldpesa = M. 4. || 1 argt. Papierpesa = M. 1.75. || 1 Doll. = M. 4.20.

Staats-Papiere. a) Deutsche. V.K. L.K. Deutsche Reichsanl. abgest. 86.- 86.- ...

Prioritäts-Obligationen von Transport-Anstalten. a) Inländische. V.K. L.K. Bay. Ver.-Bank Münch. 87.50 88.- ...

Pfandbriefe Bodenkredit-Obligationen. V.K. L.K. Allg. Rent.-Anst. Stuttgart 88.- 88.- ...

Vollbesahnte Bankaktien. Divid. V.K. L.K. Bayer. Bank 129.50 129.70 ...

Auswärtige Börsen.

Berliner Börse. Deutsche Fonds. - 20. März. Reichsanleihe abgestempelt 86.20 ...

Anläandische Fonds. - 20. März. Argentinianer 98.60 ...

Eisenbahn-Aktien. - 20. März. Oesterreichische Staatsbahn 154.75 ...

Bank-Aktien. - 20. März. Berliner Handels-Gesellschaft 161.80 ...

Industrie-Werte. - 20. März. Allgem. Elektr.-Aktien 247.25 ...

Privat-Diskont Frankfurt 3 1/2 % b) Ausländische. V.K. L.K. Griech. Eisenb. v. 1890 str. 54.80 ...

Verzinsliche Lose. V.K. L.K. Badische Prämien 179.50 178.- ...

Aktien von Industrie-Unternehmungen. V.K. L.K. Aluminium 225.65 248.75 ...

Aktien inl. Transport-Anstalten. V.K. L.K. Allg. Deutsch. Kleinb. 185.10 185.10 ...

Aktien ausl. Transportanstellen. V.K. L.K. Ver. Arbeiter v. O. 106.80 106.70 ...

19. März. Eschweiler Bergwerk 221.- ...

20. März. Bochumer Gußstahl 223.75 ...

Bergwerks-Aktien. Divid. V.K. L.K. Bochum, Egb. u. G. 223.50 ...

Unverzinsliche Lose. V.K. L.K. Augsburg 11.70 11.70 ...

Wiener Börse. Wien, 20. März. ungar.-ungarische Bank 637.- 636.- ...

Provincial- und Kommunal-Obligationen. V.K. L.K. Preuss. Rheinprov. E. 20 n. 21 ...

20. März. Bochumer Gußstahl 223.75 ...

Versicherungs-Aktien. Ohne Zinsberechnung. V.K. L.K. Deutsche Phönix Feuer 2400.- ...

Wechsel. Reichsbank-Diskont 4% in Reichsmark. V.K. L.K. Amsterdam 168.925 ...

Londoner Börse. London, 20. März. Englische Consols 74.68 74.62 ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

Geldsorten. Brief. Gold. 20 Frankenstücke 16.28 16.24 ...

Wechsel. Reichsbank-Diskont 4% in Reichsmark. V.K. L.K. Amsterdam 168.925 ...

Londoner Börse. London, 20. März. Englische Consols 74.68 74.62 ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

Geldsorten. Brief. Gold. 20 Frankenstücke 16.28 16.24 ...

Wechsel. Reichsbank-Diskont 4% in Reichsmark. V.K. L.K. Amsterdam 168.925 ...

Londoner Börse. London, 20. März. Englische Consols 74.68 74.62 ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

Geldsorten. Brief. Gold. 20 Frankenstücke 16.28 16.24 ...

Wechsel. Reichsbank-Diskont 4% in Reichsmark. V.K. L.K. Amsterdam 168.925 ...

Londoner Börse. London, 20. März. Englische Consols 74.68 74.62 ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

Geldsorten. Brief. Gold. 20 Frankenstücke 16.28 16.24 ...

Wechsel. Reichsbank-Diskont 4% in Reichsmark. V.K. L.K. Amsterdam 168.925 ...

Londoner Börse. London, 20. März. Englische Consols 74.68 74.62 ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

New-Yorker Börse. New-York, 19. März, 5 Uhr nachmittags. V.K. L.K. Gold auf 24 Stunden ...

Alle Drucksachen für Bankgeschäfte in sauberer Ausführung liefert umgehend die Buchdruckerei der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H., Nicolassstrasse 11.